

Jüdische Kultusgemeinde Karlsruhe K.d.ö.R., Knielinger Allee 11, 76133 Karlsruhe

Stadt Karlsruhe – Dezernat 1  
Herrn Oberbürgermeister  
Dr. Frank Mentrup  
Rathaus am Marktplatz

**76124 Karlsruhe**

Karlsruhe, den 20. November 2025/v

### **BÜRGERANTRAG**

Einrichtung eines kommunalen Antisemitismusbeauftragten  
der Stadt Karlsruhe

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Mentrup,  
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats,

in den letzten Jahren – und besonders seit den jüngsten internationalen  
Entwicklungen – verzeichnet Deutschland einen dramatischen, historisch  
beispiellosen Anstieg antisemitischer Vorfälle. Die aktuellen Statistiken  
zeigen:

- starke Zunahme antisemitischer Straftaten,
- massive Verbreitung antisemitischer Narrative in sozialen Medien,
- deutliche Radikalisierung in verschiedenen gesellschaftlichen  
Milieus – rechter, linker, islamistischer und  
verschwörungsideologischer Art,
- Ausweitung auf Schulen und Hochschulen,
- erhöhter Druck auf jüdische Institutionen und Einzelpersonen,
- anhaltende Bedrohungen für jüdische Einrichtungen – auch in  
Baden-Württemberg.

Ein zentraler Problembereich ist der wachsende israelbezogene  
Antisemitismus. Feindbilder, die ursprünglich gegen den Staat Israel  
gerichtet sind, werden zunehmend auf Jüdinnen und Juden in Deutschland  
– und damit auch auf die jüdische Gemeinschaft in Karlsruhe – übertragen.

Diese Dynamik führt zu Anfeindungen gegen jüdische Schülerinnen und  
Schüler sowie Studierende, feindseligen Reaktionen gegenüber jüdischen  
Einrichtungen, Generalverdächtigungen und gesellschaftlichem Druck auf  
jüdische Bürgerinnen und Bürger.



Knielinger Allee 11  
76133 Karlsruhe

Tel. (0721) 7 20 35  
info@jg-karlsruhe.de

Bankverbindung:  
Sparkasse Karlsruhe  
IBAN: DE61 6605 0101 0009 2259 05  
BIC: KARSD66XXX  
(Karlsruhe, Baden)



Zudem zeigen öffentliche Demonstrationen, darunter sogenannte „Free Gaza“-Kundgebungen, eine deutliche Zunahme von Verharmlosungen und Relativierungen der Shoa, gezielter Delegitimierung des Staates Israel durch Genozid-Vorwürfe sowie der Aberkennung seines Existenzrechts durch Parolen wie „From the river to the sea“ oder die Bezeichnung Israels als „zionistisches Siedlerprojekt“. Diese Botschaften überschreiten die Grenze politischer Kritik und stellen manifeste Formen des Antisemitismus dar.

Auch Karlsruhe ist konkret betroffen. Zu den relevanten lokalen Vorfällen zählen Schändungen und Beschädigungen im Garten der Religionen sowie Vandalismus und Störungen am Erinnerungsort der ehemaligen Synagoge am Kronenplatz. Beide Orte haben zentrale Bedeutung für das jüdische Gedenken und den interreligiösen Dialog in der Stadt.

Diese Ereignisse zeigen eindeutig, dass Antisemitismus – einschließlich israelbezogener Feindbilder – direkt in den öffentlichen Raum hineinwirkt. Antisemitismus tritt heute in allen Schichten auf: bildungsferne Milieus, akademische Kreise, migrantische Communities, junge Social-Media-Generationen, politisierte Gruppen und religiös-radikale Milieus. Die jüdische Gemeinschaft steht dadurch unter erheblichem und dauerhaftem Druck. Karlsruhe benötigt eine unabhängige kommunale Ansprechperson.

### **Notwendigkeit eines kommunalen Antisemitismusbeauftragten**

Ein kommunaler Antisemitismusbeauftragter ist notwendig, weil es bislang keine zentrale Ansprechstelle gibt, die jüdische Gemeinde, Schulen, Vereine, Zivilgesellschaft und Stadtverwaltung verbindet. Der Schutz jüdischer Einrichtungen ist dauerhaft herausgefordert und erfordert Koordination, Strategie und Monitoring.

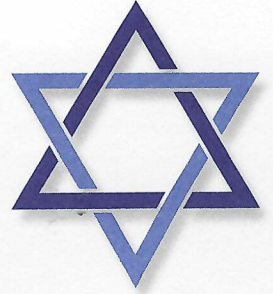
Der deutliche Anstieg antisemitischer Vorfälle in Schulen, Hochschulen und öffentlichen Räumen verlangt professionelle Begleitung. Antisemitismus entsteht vor Ort, daher müssen Prävention und Intervention ebenfalls vor Ort stattfinden. Die wachsende gesellschaftliche Spaltung macht Antisemitismus zu einem Frühindikator für demokratische Erosion. Landes- und Bundesstrukturen ersetzen nicht die kommunale Umsetzung.

Lehrkräfte und Jugendeinrichtungen sind häufig überfordert und brauchen einen kompetenten Ansprechpartner. Die Stadt ist verpflichtet, jüdisches Leben sichtbar zu schützen und zu fördern.

Knielinger Allee 11  
76133 Karlsruhe

Tel. (0721) 7 20 35  
info@jg-karlsruhe.de

Bankverbindung:  
Sparkasse Karlsruhe  
IBAN: DE61 6605 0101 0009 2259 05  
BIC: KARSDE66XXX  
(Karlsruhe, Baden)



Knielinger Allee 11  
76133 Karlsruhe  
Tel. (0721) 7 20 35  
info@jg-karlsruhe.de

Bankverbindung:  
Sparkasse Karlsruhe  
IBAN: DE61 6605 0101 0009 2259 05  
BIC: KARSD66XXX  
(Karlsruhe, Baden)

### **Aufgabenprofil eines kommunalen Antisemitismusbeauftragten**

Die Aufgaben umfassen Monitoring antisemitischer Vorfälle in Karlsruhe, die Erstellung von Lageberichten und Handlungsempfehlungen, Bildungs- und Präventionsarbeit für Schulen, Vereine, Polizei, Verwaltung und Kultureinrichtungen, die Entwicklung pädagogischer Materialien, Beratung und Unterstützung Betroffener, Vermittlung zu Behörden und Sicherheitsstellen, strategische Vernetzung aller relevanten Akteure, Aufbau eines kommunalen Netzwerks gegen Antisemitismus, regelmäßige Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung, Gegenrede im digitalen Raum, Unterstützung bei Gedenkveranstaltungen, Förderung jüdischen Lebens, Kooperation mit der jüdischen Gemeinde, Sichtbarmachung jüdischer Geschichte sowie fachliche Beratung der Stadtverwaltung.

### **Antrag**

Die Stadt Karlsruhe richtet die Funktion eines kommunalen Antisemitismusbeauftragten ein.

Diese Person arbeitet unabhängig, ist eigene Ansprechperson für die gesamte Stadtgesellschaft und wird nicht in ein Dezernat eingegliedert. Sie nimmt die beschriebenen Aufgaben in Zusammenarbeit mit Verwaltung, Schulen, Sicherheitsbehörden, Kulturträgern, der jüdischen Gemeinde und der Zivilgesellschaft wahr.

Wir hoffen, dass die ernstzunehmende Dringlichkeit erkannt wird.

Für Ihre Mühen und entsprechende Rückmeldung danken wir bereits im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen

*Für den Vorstand der Jüdischen Kultusgemeinde Karlsruhe und im Sinne der gesamten Jüdischen Gemeinschaft in und um Karlsruhe*

  
Erik Balter  
Vorsitzender



Eine Kopie dieses Schreibens wurde ebenfalls an alle zuständigen Stadträte gesendet.